

Pressemeldung



**Gewerkschaft
der Polizei**

Gewerkschaft der Polizei fordert Überdenken der Deeskalationstaktik in Baden-Württemberg auch bei Gewalttaten im Zusammenhang mit Fußballereinsätzen

17.05.2017

Spätestens jetzt nach den Ereignissen im Zusammenhang mit der Fußballbegegnung zwischen dem KSC und Dresden vergangenes Wochenende muss angesichts dieser erschütternden Bilder und der vielen verletzten Polizistinnen und Polizisten und Ordnern ein Umdenken innerhalb der Polizeiführung stattfinden.

Was wir in Karlsruhe gesehen haben sind keine Gewalttaten von einzelnen sogenannten Fans. Nein, es war eine bewusste Demonstration von Stärke einer in Armeeuniformen gekleideten Gruppe von gewaltbereiten Menschen. Alles was dort gelaufen ist, vom gezielten Bewurf von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit illegaler Pyrotechnik und mit Sprengstoff bis hin zum sogenannten Kassensturm mit Plünderung der Verkaufsstände war nicht zufällig, sondern offensichtlich von langer Hand geplant.

Deshalb hätte aus Sicht der GdP spätestens dann Reaktionen von Seiten der Polizei erfolgen müssen, als die Kolleginnen und Kollegen während des Aufzugs massiv mit Pyrotechnik angegangen wurden. Diese wäre aus Sicht der GdP nicht nur erforderlich, sondern auch angesichts von einem vorhandenen Polizeiaufgebot von ca. 800 Kolleginnen und Kollegen, darunter 5 Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten und einer Wasserwerferstaffel auch möglich gewesen.

„Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass jemand in Baden-Württemberg nur martialisch auftreten muss, dann könne er sich alles erlauben, sogar schwere gemeinschaftliche Straftaten begehen und es hat keine Konsequenzen“, so der GdP-Landesvorsitzende Hans-Jürgen Kirstein heute in Stuttgart. „Nein, der Staat muss in Baden-Württemberg auch bei Fußballereinsätzen wieder seine Rolle als Gewaltmonopolist und Garant für die öffentliche Sicherheit ausüben und keine rechtsfreien Räume entstehen lassen“, ergänzt Kirstein.

Deshalb muss am Ende des von Herrn Strobel angekündigten Sicherheitsgipfels eine klare Botschaft an alle gewalttätigen Gruppierungen stehen, die lautet, dass es so etwas in Baden-Württemberg nicht mehr geben wird.

Rückfragen an:
Hans-Jürgen Kirstein
Landesvorsitzender
(01 76) 64 72 94 18